

Thema Haushaltsdefizit Stadt Erlangen

Die Stadt Erlangen Stadt muss, wie die meisten Kommunen nun im zweiten Jahr in Folge auch 2025 mit deutlich niedrigeren Gewerbesteuern rechnen. Ursachen sind die wirtschaftlichen Gesamtentwicklungen und zusätzlichen Steuerrückzahlungen. Weil bereits eingegangene Steuern auch für Vorjahre zurückgezahlt werden mussten, erwartet die Kämmerei auch für die kommenden Jahre ein deutlich niedrigeres Aufkommen als zunächst prognostiziert. Nun hat die Stadt Erlangen im Stadtrat einen Haushaltsentwurf für 2026 und eingebracht, und bei der Regierung von Mittelfranken als zuständiger Rechtsaufsichtsbehörde ein entsprechendes Konsolidierungskonzept mit erheblichen Einsparungen vorgelegt. Folgen davon sind in allen Bereichen spürbar, z.B. im Kulturbereich; günstigem OPNV, Stellensperrungen bei Ämtern und Behörden etc.

Als zukünftiger OberbürgermeisterIn sind Sie für die Vorbereitung und Umsetzung der Beschlüsse und des Haushalts verantwortlich.

Welche Möglichkeiten sehen Sie in Ihrer zukünftigen Position

-in den nächsten Jahren weitere Haushaltsmittel zur Abmilderung der Einsparungen zu generieren

- eine Funktionsfähigkeit der städtischen Behörden, trotz Stellensperrungen innerhalb der Dienststellen, zu gewährleisten ohne das vorhandene und bereits stark belastete Personal noch weiter zu belasten

-eine erneute Belastung durch eine Wiederholung großer Rückzahlungen zukünftig zu vermeiden

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Nach einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) steigen die Kosten für Mieten, vor allem in Großstädten, deutlich an. Gleichzeitig verteuern sich die Preise für Immobilien stark. Davon betroffen ist auch die Stadt Erlangen als Großstadt mit einem stark belasteten Wohnungsmarkt. Sechs Millionen Mieterinnen und Mieter sind laut Deutschen Mieterbund (DMB) durch hohe Wohnkosten finanziell "extrem überlastet". Wohnen allgemein ist mittlerweile ein Armutsrisiko.

-Welche Strategien haben Sie um den stark belasteten Erlanger Wohnungsmarkt in den nächsten Jahren akut und schnell zu entlasten.

-Welche Maßnahmen würden Sie umsetzen um in den nächsten Jahren noch mehr bezahlbaren Wohnraum in Erlangen zu schaffen

Arbeitsplätze sichern, Attraktivität der Stadt Erlangen für Arbeitgeber steigern

Erlangen ist als kreisfreie Universitätsstadt die kleinste der acht Großstädte Bayerns. Sie gilt in Rankings auf Grund wirtschaftlich starker Unternehmen wie Siemens und FAU als „reiche“ Stadt mit hoher Kaufkraft. Dennoch gibt es auch hier zunehmend soziale Ungleichheit, wie dem Sozialbericht der Stadt zu entnehmen ist. Als Folge sozialer und ökonomischer Ungleichheit kommt es erwiesenermaßen zu einem Erstarken rechtspopulistischer Strömungen in Gesellschaften, auch in Erlangen.

Auch im wirtschaftlichen Bereich verändert sich die Stadt immer weiter weg von kleinen und mittelständischen Betrieben hin zu wenigen großen Unternehmen. Viele Einzelhändler und Familienbetriebe konnten in den letzten Jahren ihre Betriebe aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr weiterführen, bestimmte Gruppen von Arbeitsplätzen gehen so verloren.

-welche Möglichkeiten sehen sie Erlangen als Stadt auch für kleine und Kleinstunternehmen zukünftig attraktiv zu gestalten und so Arbeitsplätze vor Ort zu erhalten oder neu zu gewinnen?

-wie / mit welchen Maßnahmen würden Sie der ökonomischen und sozialen Ungleichheit entgegenreten und so zunehmenden Rechtspopulismus in Erlangen eingrenzen

1 Haushaltsdefizit Stadt Erlangen,

Finanzierung der Kommune:

Die Stadt Erlangen muss, wie die meisten Kommunen, nun im zweiten Jahr in Folge auch 2025 mit deutlich niedrigeren Einnahmen aus Gewerbesteuern und höheren Ausgaben rechnen. Ursachen sind eine zunehmende Belastung durch übertragene Aufgaben von Land und Bund, die wirtschaftlichen Gesamtentwicklungen und zusätzliche Steuerrückzahlungen.

Weil bereits eingegangene Steuern auch für Vorjahre zurückgezahlt werden mussten, erwartet die Kämmerei auch für die kommenden Jahre ein deutlich niedrigeres Aufkommen als zunächst prognostiziert. Nun hat die Stadt Erlangen im Stadtrat einen Haushaltsentwurf für 2026 und eingebracht, und bei der Regierung von Mittelfranken als zuständiger Rechtsaufsichtsbehörde ein entsprechendes Konsolidierungskonzept mit erheblichen Einsparungen vorgelegt.

Die benannten Einsparungen, hier vor allem die geplanten Stellensperrungen, treffen viele öffentliche Bereiche schwer, vor allem aber die Bereiche Bildung, Weiterbildung und Ausbildung, Kinderbetreuung sowie Integration und Sprachförderung von MigrantInnen (Beispiel Wi.L.D.-Initiative). Auch kommt es auf Grund fehlenden Personals zu schlechten Erreichbarkeiten von Dienststellen, besonders schwerwiegend ist dies im Leistungsbereich des SGB II. Einsparungen in diesen Bereichen führen erwiesenermaßen aber zu einer zunehmenden

Polarisierung der Stadtgesellschaft und sind so letztendlich langfristig demokratiegefährdend.

Als zukünftige*r Oberbürgermeister*in sind Sie für die Vorbereitung und Umsetzung der Beschlüsse und des Haushalts verantwortlich.

Welche Möglichkeiten sehen Sie in Ihrer zukünftigen Position, um in den nächsten Jahren zusätzliche Haushaltsmittel zur Abmilderung der Einsparungen zu generieren?

Zentrale Ursache der Erlanger Haushaltskrise sind (leider legale) Steuervermeidungstricks großer Konzerne. Sie nutzen umliegende kommunale Steueroasen, um sich um ihre angemessene Gewerbesteuer zu drücken. Als Oberbürgermeister werde ich das klar benennen und öffentlichen Druck auf die Bundesregierung machen, ihre diesbezüglichen Versprechen auch umzusetzen. Darüber hinaus verweise ich auf meine Antwort zu Frage 5.

- Wie wollen Sie eine Funktionsfähigkeit der städtischen Behörden trotz Stellensperrungen innerhalb der Dienststellen, dauerhaft gewährleisten, ohne das vorhandene und bereits sehr stark belastete Personal noch weiter zu belasten?

Das ist schlicht nicht möglich. Wer Stellen sperrt und streicht, produziert eine strukturelle Unterbesetzung, die sich in Überlastung der Beschäftigten und schlechterer Leistung widerspiegelt. Es kann nicht die Lösung sein, die Haushaltskrise auf dem Rücken der Beschäftigten abzuladen. Ich möchte die Stellenstreichungen und die Wiederbesetzungssperre stoppen.

- Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um die aktuellen Wiederbesetzungssperren so schnell wie möglich rückgängig zu machen oder dem Personalmangel entgegenzuwirken?

Die Wiederbesetzungssperre ist für die kommunalen Beschäftigten und für alle, die einen funktionierenden öffentlichen Dienst brauchen, unzumutbar und kann per Beschluss des Stadtrats jederzeit aufgehoben werden. Relevant ist nur die Frage der Gegenfinanzierung, wozu ich auf meine Antwort auf Frage 5 verweise.

Im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung wurde, im Rahmen der Selbstverantwortlichkeit der Kommunen, festgelegt administrative Maßnahmen zu ergreifen, um Scheinsitzverlegungen von Unternehmen in Gewerbesteuer-Oasen wirksam zu begegnen.

- Werden Sie die entsprechenden Maßnahmen gegenüber der Bundesregierung einfordern?

Ich habe die Anhebung des Mindesthebesatzes der Gewerbesteuer bereits in meiner Haushaltsrede Ende 2024 gefordert. Sie ist die zentrale erforderliche Maßnahme. Wir haben dazu auch einen Resolutionsantrag in den Stadtrat eingebracht. Es braucht maximalen, auch öffentlichen Druck auf die Union/SPD-Bundesregierung.

- Wie ist Ihre Einstellung zu Gewerbesteuererhöhungen in Erlangen, um Einnahmen zu generieren und dadurch Mittel für die oben genannten notwendigen Stellen zu generieren?

Die Gewerbesteuer ist die einzige kommunale Stellschraube auf der Einnahmenseite, die aus gewerkschaftlicher Sicht vernünftig ist. Sie belastet ausschließlich Unternehmensgewinne. Unternehmen, die rote Zahlen schreiben, sind nicht betroffen. Für Kleinstgewinne bei kleinen Unternehmen gibt es einen Freibetrag, für Einzelunternehmer eine Verrechnungsmöglichkeit mit der Einkommenssteuer. Wirklich große Gewinne großer Unternehmen werden dagegen besteuert. Wir wollen hier auf das Niveau der Münchner Gewerbesteuer. Damit wären die Sozialkürzungen in Erlangen vom Tisch.

- Wie und wo können dringend benötigte Gewerbeflächen für bereits ortsansässige Erlanger Firmen gewonnen werden um weitere Abwanderungen von Betrieben (Beispiel Sycatec) zu vermeiden und dadurch auch Arbeitsplätze vor Ort zu sichern?

Es braucht das auch von der IHK geforderte aktive Gewerbeflächenmanagement. Leerstand ist auch bei Gewerbeflächen ein Problem. Wo Unternehmen Flächen aufgeben sollte die Stadt zugreifen, um die Flächen im Anschluss zielgerichtet an lokale Unternehmen weitergeben zu können.

- Wie würden Sie vorgehen um eine Wiederholung der Situation mit einer Belastung des Haushalts auf Grund großer, unvorhergesehener Steuerrückzahlungen zukünftig zu vermeiden?

Sobald es wieder möglich ist, sind Rücklagen in angemessener Höhe zu bilden. Vor allem aber müssen die Steuerschlupflöcher geschlossen werden.

2 Wohnen, leben und arbeiten in Erlangen

Nach einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) steigen die Kosten für Mieten, vor allem in Großstädten, deutlich an. Gleichzeitig verteuern sich die Preise für Immobilien stark. Davon betroffen ist auch die Stadt Erlangen als Großstadt mit einem stark belasteten Wohnungsmarkt. Sechs Millionen Mieterinnen und Mieter sind laut Deutschen Mieterbund (DMB) durch hohe Wohnkosten finanziell "extrem überlastet". Wohnen allgemein ist mittlerweile ein Armutsrisiko.

- Welche Strategien haben Sie um den stark belasteten Erlanger Wohnungsmarkt akut und schnell zu entlasten?

Bei den städtischen Wohnungen der Gewobau wollen wir alle Mieterhöhungen aussetzen und die freien Mieten auf ein Niveau unter dem aktuellen Erlanger Mietspiegel absenken. Das senkt den Mietspiegel. Die Stadt muss außerdem illegale Mietpreisüberhöhung und Mietwucher endlich konsequent verfolgen. Bisher tut sie nichts. Der Wohnungsmarkt darf kein rechtsfreier Raum sein. Mit der Mietwucher-App der Linken bieten wir allen Erlangerinnen und Erlangern die Möglichkeit, ihre Miete schnell und unbürokratisch auf Mietwucher zu überprüfen. Es kann nicht sein, dass wir mehr tun als die Stadt.

- Welche Maßnahmen würden Sie umsetzen, um in den nächsten Jahren noch mehr bezahlbaren Wohnraum in Erlangen zu schaffen?

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gewobau muss mit Grundstücken und Eigenkapital ausgestattet werden, um eine Wohnungsbauoffensive zu starten. Die profitorientierten Immobilienkonzerne sind kein Partner, sondern Hindernis bei der Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wo Grundstücke nicht von der Gewobau entwickelt werden können, müssen sie in Erbpacht an Genossenschaften oder gemeinnützige Stiftungen vergeben werden.

- Planen Sie die zügige Umsetzung des Bürgerentscheids „Wohnraum in Hindenburgstraße und Umgebung erhalten“ von diesem Jahr und wenn ja, wie?

Selbstverständlich. Die Linke hat diesen Bürgerentscheid federführend initiiert und die Bürgerinnen und Bürger haben sich eindeutig für Ja entschieden. Dieses demokratische Votum müssen alle Parteien akzeptieren. Die Verwaltung arbeitet bereits an der Umsetzung. Wir und die Verwaltung favorisieren dafür die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans, der die Wohnnutzung sichert.

- Halten Sie die für Erlangen vereinbarte Quote für geförderten Wohnraum von 30 % für neue Bauprojekte für adäquat und wie wollen Sie deren Umsetzung garantieren?

In Anbetracht des Mietennotstands ist die Quote zu niedrig. Auch wollen wir den Schwellenwert, ab wie vielen neuen Wohnungen die Quote greift, absenken. Nachdem die bayerische Staatsregierung bezahlbares Wohnen krass vernachlässigt und den Fördertopf leerlaufen lässt, muss die Stadt Erlangen vorübergehend nach Münchner Vorbild einspringen.

In Erlangen steigen Betreuungskosten für Kinder bei sich stetig verschlechternden Betreuungszeiten. Kinderbetreuung entwickelt sich so, vor allem für alleinstehende berufstätige Erziehende, zu einem größer werdenden Problem. In der Seniorenbetreuung kommt es bereits jetzt auf Grund des Fachkräftemangels im Pflegebereich zu Engpässen bei der Unterbringung pflegebedürftiger SeniorInnen in Erlangen. Diese Situation wird sich erwartungsgemäß durch die Alterung der sog. Babyboomer noch verschärfen.

- Wie planen Sie den genannten Betreuungsproblemen in Erlangen konkret entgegenzuwirken?

Wir unterstützen die Kolleginnen und Kollegen bei jeder Tarifrunde aktiv in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Das wollen wir auch aus dem Rathaus heraus gestärkt fortführen. Bei den städtischen Kitas muss die Stadt mit Entlastung und Zulagen vorangehen, um mehr Personal zu gewinnen.

Über den Erlangen Pass ist eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auch für Menschen mit weniger finanziellen Mitteln möglich. Eine selbstständige Beantragung ohne Hilfe ist aber, nach zahlreichen Erfahrungen der Hilfsorganisationen, welche Migranten betreuen, nicht realistisch machbar.

- Streben Sie Vereinfachungen bei der Beantragung des Erlangen-Pass an und falls ja, welche?

Bei den meisten Anspruchsgrundlagen für den ErlangenPass erteilt die Stadt Erlangen auch diese Grundlagen, also z.B. Bürgergeld oder Wohngeld. Hier sollte die Stadt den ErlangenPass direkt mitschicken.

Nach neuesten Studien können sich bereits mit relativ geringen Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) hohe gesellschaftliche Kosten einsparen lassen.

- Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zur Umsetzung des Bürgerentscheids zu StUB in Erlangen vom Jahr 2024? Wollen Sie eine ökologische Mobilitätswende in Erlangen vorantreiben und wenn ja, wie?

Die Erlangerinnen und Erlanger haben entschieden. Wer diese Entscheidung ändern möchte, sollte damit auch wieder zu den Erlangerinnen und Erlangern gehen und nicht im Stadtrat ein Bürgervotum kippen. Eine soziale und ökologische Verkehrswende braucht einen massiven Ausbau des Umweltverbunds, auch von den Stadtrandgebieten untereinander und in die Innenstadt. Wichtig sind darüber hinaus günstigere Fahrpreise, um für Normalverdiener den Anreiz zu verstärken und finanziell Schwachen Mobilität überhaupt erst zu ermöglichen.

- Welche Priorität hat für Sie die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes für die Stadt Erlangen bzw. wann ist eine konkrete Einführung geplant?

Eine sehr hohe Priorität. Wir haben dazu gemeinsam mit anderen einen Antrag im Stadtrat eingebracht, der leider gerade auf die lange Bank geschoben wird.

Als Gewerkschaften kritisieren wir das neue, gelockerte Gesetz der bayerischen Staatsregierung zu Ladenöffnungszeiten und Sonntagsschutz von diesem Jahr.

- Für welche Öffnungszeiten an Sonntagen und langen Einkaufsnächten würden Sie plädieren?

Gerade als Beschäftigter im Einzelhandel teile ich natürlich die Haltung meiner Gewerkschaft. Wir haben die kommunale Umsetzung der verlängerten Nachtladenöffnungszeiten abgelehnt. Wir wollen bei der bayerischen Regelung bleiben: Werktags 07:00 bis 20:00 Uhr, der Sonntag bleibt geschützt.

Welche Möglichkeiten sehen Sie in Ihrer zukünftigen Position, um in den nächsten Jahren zusätzliche Haushaltsmittel zur Abmilderung der Einsparungen zu generieren?

Zusätzliche Haushaltsmittel generiert man über wirtschaftliches Wachstum in Erlangen. Hier fordere ich einen eigenen Wirtschaftsreferenten, der sich hauptamtlich um die Wirtschaft kümmert, sowie einen wirtschaftlichen Beirat. Beides soll die Kommunikation zwischen den Unternehmen und der Stadtspitze verbessern, damit wir nie wieder eine so böse Überraschung erleben wie 2024. Darüber hinaus schlage ich eine Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes in 5 jährlichen Schritten um jeweils 10 Punkte vor, um die Wettbewerbsfähigkeit Erlangens im Vergleich zu unseren Nachbarkommunen zu verbessern und den Unternehmen langfristige Planbarkeit zu ermöglichen. Auch über die Ausweisung neuer Gewerbeflächen wird man sprechen müssen, dies geht aber nur in engem Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Wie wollen Sie eine Funktionsfähigkeit der städtischen Behörden, trotz Stellensperrungen innerhalb der Dienststellen, dauerhaft gewährleisten, ohne das vorhandene und bereits sehr stark belastete Personal noch weiter zu belasten?

Insgesamt muss die Verwaltung konsequenter digitalisiert werden: Der Einsatz von KI kann repetitive Arbeit abnehmen, damit sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Wesentliche konzentrieren können. Durch ein Rathaus, das sich noch konsequenter auf die kommunalen Pflichtaufgaben konzentriert, können einzelne Aufgaben zurückgestellt werden, bis die finanzielle Lage sich wieder stabilisiert hat.

Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um die aktuellen Wiederbesetzungssperren so schnell wie möglich rückgängig zu machen oder dem Personalmangel entgegenzuwirken?

Zunächst einmal muss eine Überprüfung stattfinden, welche freiwilligen Aufgaben sich die Stadt Erlangen in Zukunft noch leisten kann – dies hat in enger Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde zu erfolgen und orientiert sich am Konsolidierungskonzept. Insgesamt müssen wir den in den letzten Jahren massiv ausgeweiteten Stellenplan wieder auf das Notwendige reduzieren.

Werden Sie die entsprechenden Maßnahmen gegenüber der Bundesregierung einfordern?

Bei den von mir oben geforderten Maßnahmen ist keine Beteiligung der Bundesregierung nötig. Grundsätzlich steht Kommunen das sog. Selbstverwaltungsrecht zu, d.h., dass örtliche Angelegenheiten auch in eigener Verantwortung geregelt werden dürfen. Darunter fällt auch die Finanzhoheit einer jeden Gemeinde. Wie also eine Gemeinde ihre steuerlichen Rahmenbedingungen und Mitarbeiterstrukturen gestaltet, bleibt ihr selbst überlassen und ist ein Ausfluss des Grundgesetzes.

Wie ist Ihre Einstellung zu Gewerbesteuererhöhungen in Erlangen, um Einnahmen zu generieren und dadurch Mittel für die oben genannten notwendigen Stellen zu generieren?

Gewerbesteuererhöhungen halte ich für völlig kontraproduktiv, siehe oben. Ich weise darauf hin, dass ein Unternehmen, das in Erlangen auch heute schon keine Gewerbesteuer zahlt, dies auch dann nicht tut, wenn der Hebesatz erhöht würde: 440% von Null ist nun mal dasselbe wie 500% von Null. Leider gilt das bereits für ehemalige Gewerbesteuerzahler. So lassen sich keine Mehreinnahmen garantieren. Das Gegenteil ist der Fall: Wir erleben, dass viele Unternehmen auf Grund der Rahmenbedingungen aus Erlangen abwandern oder dies erwägen. Um das zu verhindern, müssen als Wirtschaftsstandort wieder attraktiver werden.

Wie und wo können dringend benötigte Gewerbeflächen für bereits ortsansässige Erlanger Firmen gewonnen werden um weitere Abwanderungen von Betrieben (Beispiel Sycatec) zu vermeiden und dadurch auch Arbeitsplätze vor Ort zu sichern?

Neben der konsequenten Erschließung noch vorhandener Fläche werden wir um die Ausweisung neuer Gewerbeflächen nicht herumkommen. Hierzu müssen wir in der Stadtgesellschaft einen breiten Diskurs führen, damit ein mögliches neues Gewerbegebiet, egal ob in Tennenlohe, Eltersdorf oder anderswo, auch die Akzeptanz der Menschen in Erlangen erhält. Am Ende des Prozesses wird ein Bürgerentscheid stehen.

Wie würden Sie vorgehen um eine Wiederholung der Situation mit einer Belastung des Haushalts auf Grund großer, unvorhergesehener Steuerrückzahlungen zukünftig zu vermeiden?

Durch ein eigenes Wirtschaftsreferat und einen wirtschaftlichen Beirat, siehe oben. Klar geworden ist, dass die Rathausführung in Erlangen im Vorfeld des Einbruchs nur unzureichende Gespräche mit ihrem größten Gewerbesteuerzahler geführt haben muss. Derartige Einbrüche kommen nicht aus heiterem Himmel, sondern bahnen sich an. Von der Stadtspitze erwarten wir, dass man aktiv das Gespräch mit den Wirtschaftsunternehmen in der Stadt sucht, um Trends frühzeitig zu erkennen und gegensteuern zu können. Dies ist leider nicht geschehen und weist auf einen fahrlässigen Umgang der Stadtspitze mit seinen größten Gewerbesteuerzahlern hin. Ein schwerwiegendes Versäumnis, das Erlangen von einer wohlhabenden Stadt in eine kreditfinanzierte Verwaltung unter Aufsichtspflicht verwandelt hat, die derzeit Schwierigkeiten hat, ihre Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten.

Welche Strategien haben Sie um den stark belasteten Erlanger Wohnungsmarkt akut und schnell zu entlasten?

Mit ihrem vom Stadtrat einstimmig angenommen „Bau-Turbo“-Antrag hat unsere FDP-Stadtratsgruppe hierzu bereits einen wichtigen Anstoß zu schnellerem und einfacherem Bauen und damit mehr Wohnraum geleistet. Wir müssen solche Wege finden, um das Bauen insgesamt günstiger zu machen, damit es sich auch wieder für mehr Menschen und Investoren lohnt, zu bauen. Dass in Erlangen mit den Stimmen von SPD, Grünen und ÖDP kürzlich die Grundsteuer erhöht worden ist, ist hier kontraproduktiv, da dies das Wohnen zusätzlich verteuert. Wenn wir im neuen Stadtrat eine Mehrheit finden, werden wir diese Steuererhöhung rückgängig machen.

Welche Maßnahmen würden Sie umsetzen, um in den nächsten Jahren noch mehr bezahlbaren Wohnraum in Erlangen zu schaffen?

Die Erhöhung der Grundsteuer rückgängig machen und den Bau-Turbo in Erlangen vorantreiben, damit schnell und unbürokratisch mehr Wohnfläche entsteht.

Planen Sie die zügige Umsetzung des Bürgerentscheids „Wohnraum in Hindenburgstraße und Umgebung erhalten“ von diesem Jahr und wenn ja, wie?

Wir hielten diesen Beschluss für falsch. Hierzu habe ich keine Pläne.

Halten sie die für Erlangen vereinbarte Quote für geförderten Wohnraum von 30 % für neue Bauprojekte für adäquat und wie wollen Sie deren Umsetzung garantieren?

Diese Quote ist im Stadtrat sehr einhellig beschlossen worden und ist für alle neuen Bauprojekte einzuhalten. Die Überprüfung obliegt der Verwaltung, und ich habe keine Hinweise darauf, dass ihr das nicht gelingt.

In Erlangen steigen Betreuungskosten für Kinder bei sich stetig verschlechternden Betreuungszeiten. Kinderbetreuung entwickelt sich so, vor allem für alleinstehende berufstätige Erziehende, zu einem größer werdenden Problem. In der Seniorenbetreuung kommt es bereits jetzt auf Grund des Fachkräftemangels im Pflegebereich zu Engpässen bei der Unterbringung pflegebedürftiger SeniorInnen in Erlangen. Diese Situation wird sich erwartungsgemäß durch die Alterung der sog. Babyboomer noch verschärfen.

Wie planen Sie den genannten Betreuungsproblemen in Erlangen konkret entgegenzuwirken?

Im Bereich der Kitas hatten wir bereits beantragt, die Betreuungsschlüssel zwischen den städtischen Einrichtungen und denen in freier Trägerschaft anzugleichen. Dies würde die Situation bereits kurzfristig entspannen und überdies zu mehr Gerechtigkeit in der aktuellen Betreuungssituation der

Kinder führen. Dem Fachkräftemangel in diesem Bereich kann man nur durch zusätzliche Ausbildung begegnen, dies geht naturgemäß aber nicht von heute auf morgen.

Die Seniorenbetreuung wird uns in Zukunft vor massive Herausforderungen stellen. Hier sehe ich insbesondere im Bereich Demenz große Probleme auf uns zukommen, da hier nicht nur Personal, sondern auch die entsprechenden Einrichtungen fehlen. Ich habe daher vorgeschlagen, im Zuge des Neubaus des Klinikums am Europakanal auch ein Heim für Demenzkranke zu planen: Die Nähe zur dortigen Neurologie und der reichlich vorhandene Platz prädestiniert diesen Standort für ein solches Bauwerk. Im Bereich Personal werden wir auch zunehmen auf die Unterstützung von KI und humanoiden Robotern angewiesen sein, um das menschliche Personal zu entlasten.

Über den Erlangen Pass ist eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auch für Menschen mit weniger finanziellen Mitteln möglich. Eine selbstständige Beantragung ohne Hilfe ist aber, nach zahlreichen Erfahrungen der Hilfsorganisationen, welche Migranten betreuen, nicht realistisch machbar.

• Streben Sie Vereinfachungen bei der Beantragung des Erlangen-Pass an und falls ja, welche?

Ich strebe Vereinfachungen in grundsätzlich allen Verwaltungsvorgängen an. Auch hier kann die Digitalisierung helfen, ggf. ergänzt durch KI-Agenten, die den ganzen Vorgang automatisiert für die Betroffenen erledigen oder zumindest durch den Prozess führen. Das ist technisch längst möglich, wir müssen diese Dinge nur umsetzen.

Nach neuesten Studien können sich bereits mit relativ geringen Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) hohe gesellschaftliche Kosten einsparen lassen.

• Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zur Umsetzung des Bürgerentscheids zu StUB in Erlangen vom Jahr 2024? Wollen Sie eine ökologische Mobilitätswende in Erlangen vorantreiben und wenn ja, wie?

Ich halte die StUB vor dem Hintergrund unserer aktuellen Finanzkrise für nicht finanzierbar. Ich setze hier vielmehr auf einen ÖPNV der Zukunft, bei dem autonome Kleinbusse per Handyapp an die eigene Haustür gerufen werden können und die Fahrgäste auch direkt bis ans Ziel fahren. Pläne dafür haben Ingenieure unserer Universität bereits in der Schublade, was ihnen fehlt, ist ein Testgebiet, wo sie diese Dinge ausprobieren können. Ich wünsche mir, dass Erlangen Modellregion für solche Projekte wird, um hier eine technische Vorreiterrolle einnehmen zu können.

Welche Priorität hat für Sie die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes für die Stadt Erlangen bzw. wann ist eine konkrete Einführung geplant?

Hierzu habe ich keine Pläne.

Als Gewerkschaften kritisieren wir das neue, gelockerte Gesetz der bayerischen Staatsregierung zu Ladenöffnungszeiten und Sonntagsschutz von diesem Jahr.

• Für welche Öffnungszeiten an Sonntagen und langen Einkaufsnächten würden Sie plädieren?

Als FDP stehen wir seit Jahren für eine weitgehende Liberalisierung des Ladenöffnungsgesetzes in Bayern.

1. Haushaltsdefizit Stadt Erlangen / Finanzierung der Kommune

Welche Möglichkeiten sehen Sie in Ihrer zukünftigen Position, um in den nächsten Jahren zusätzliche Haushaltsmittel zur Abmilderung der Einsparungen zu generieren?

Die Stadt Erlangen steht – wie viele Kommunen – vor großen finanziellen Herausforderungen. Neben der allgemein schwierigen finanziellen Lage der Kommunen belasten historisch hohe Gewerbesteuerrückforderungen den städtischen Haushalt. Diese sind Folge steuerlicher Optimierungen auf Unternehmensseite sowie eines ruinösen Wettbewerbs zwischen Kommunen um möglichst niedrige Gewerbesteuerhebesätze. In Erlangen musste dadurch sehr kurzfristig zusätzliches Einsparvolumen generiert werden.

Ein erster wichtiger Schritt ist bereits getan: Mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept haben wir einen Weg aus der aktuellen Haushaltskrise aufgezeigt. Im Rahmen des Konsolidierungsschecks ist es der Verwaltung unter meiner Führung in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gelungen, ein ausgewogenes Paket zu schnüren, das durch Effizienzsteigerungen, Ausgabenreduzierungen sowie gezielte Einnahmeverbesserungen den Ergebnishaushalt stärkt. Von Anfang an war mir wichtig, dass Konsolidierung nicht einseitig über Kürzungen erfolgt, sondern ausgewogen gestaltet wird. Umsetzung, Controlling und Nachsteuerung bilden nun die Grundlage unseres weiteren Handelns.

Diesen Weg werden wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen müssen. Für mich gehört zur Leitlinie „Zukunft. Zusammen. Erlangen.“ ganz zentral, dass wir die kommunale Handlungsfähigkeit sichern. Investitionen in Schulen, Kitas, bezahlbares Wohnen, Mobilität und Klimaschutz sind keine freiwilligen Leistungen, sondern Grundlage für Chancengerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und einen starken Wirtschaftsstandort. Deshalb setze ich klare Prioritäten, damit gerade die Bereiche der Daseinsvorsorge – Bildung, Betreuung, Integration und Soziales – nicht strukturell geschwächt werden. Kürzungen in diesen Bereichen würden langfristig höhere Folgekosten verursachen und die Stadtgesellschaft spalten.

Gleichzeitig ist klar: Kommunen leiden strukturell darunter, dass immer mehr Aufgaben von Bund und Land übertragen werden, ohne dass eine auskömmliche Finanzierung folgt. Hier werde ich mich weiterhin über den Städtetag sowie meine Kontakte in die Landes- und Bundespolitik mit Nachdruck dafür einsetzen, dass das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ endlich konsequent umgesetzt wird.

Wie wollen Sie eine Funktionsfähigkeit der städtischen Behörden trotz Stellensperrungen innerhalb der Dienststellen dauerhaft gewährleisten, ohne das vorhandene und bereits sehr stark belastete Personal noch weiter zu belasten?

Die Dienststellen haben in einer gemeinsamen Kraftanstrengung zahlreiche Maßnahmen identifiziert, die durch Digitalisierung, Effizienzsteigerung und Prozessoptimierung zu Haushaltsentlastungen führen können und nun umgesetzt werden müssen. Ich halte es weiterhin für richtig, dass wir diesen Prozess nicht von außen steuern, sondern gemeinsam mit dem eigenen Personal erarbeiten und umsetzen. Der kritische Blick auf Aufgaben, Prioritäten und auch der Wegfall einzelner überobligatorischer Leistungen können dazu beitragen, das vorhandene Personal gezielt zu entlasten.

Mir ist dabei besonders wichtig, dass Konsolidierung nicht über eine dauerhafte Mehrbelastung der Beschäftigten erfolgt. Deshalb gehören klare Prioritätensetzung, vereinfachte Verfahren und gute digitale Werkzeuge für mich zusammen, um die Arbeit leistbar zu halten und die Qualität öffentlicher

Leistungen zu sichern. In besonders sensiblen Bereichen gibt es deshalb bewusst Ausnahmen von Wiederbesetzungssperren. Ein Beispiel hierfür ist das Jobcenter, in dem wir bereits heute gezielt Ausnahmen zulassen. Darüber hinaus sind Einzelfallentscheidungen möglich, wenn das Aussetzen der Wiederbesetzungssperre zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit zwingend erforderlich ist. Diese Mischung aus grundsätzlicher Zurückhaltung und pragmatischem Handeln im Einzelfall werde ich fortsetzen.

Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um die aktuellen Wiederbesetzungssperren so schnell wie möglich rückgängig zu machen oder dem Personalmangel entgegenzuwirken?

Ich habe wiederholt deutlich gemacht, dass die Abschaffung der Wiederbesetzungssperre die erste Maßnahme ist, die ich bei entsprechender finanzieller Möglichkeit umsetzen werde. Voraussetzung ist, dass wir die Maßnahmen aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept konsequent umsetzen.

Gleichzeitig positionieren wir uns weiterhin als attraktiver Arbeitgeber. Dazu gehören flexible Arbeitsmodelle wie Homeoffice und mobiles Arbeiten, die wir bewusst beibehalten und weiterentwickeln. Ergänzend will ich die Stadt Erlangen als Ausbildungs- und Qualifizierungsarbeitgeber weiter stärken – von der Nachwuchsgewinnung über interne Weiterbildung bis hin zu verlässlichen Karrierewegen. Gerade in den Bereichen Kinderbetreuung, Ganzttag, Soziales und Integration brauchen wir stabile Personalstrukturen, weil sie unmittelbar über Teilhabe und Zusammenhalt entscheiden.

Werden Sie die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen gegen Scheinsitzverlegungen von Unternehmen gegenüber der Bundesregierung einfordern?

Ich habe mich an verschiedenen Stellen klar dafür ausgesprochen, dass Gewerbesteuereinnahmen dort ankommen müssen, wo die Infrastruktur für Unternehmen bereitgestellt und unterhalten wird, wo die Geschäftstätigkeit erfolgt und wo ein Großteil der Beschäftigten lebt. Dort nutzen Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die schulischen, betreuenden, kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Angebote der Kommune. Das ist eine Frage fairen Wettbewerbs zwischen Kommunen und ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Demokratie. Diese Position werde ich weiterhin gegenüber Bund und Land vertreten, da es hier aus meiner Sicht dringend einer Reform der bestehenden Regelungen bedarf.

Wie ist Ihre Einstellung zu Gewerbesteuererhöhungen in Erlangen, um Einnahmen zu generieren und dadurch Mittel für notwendige Stellen zu schaffen?

Eine Gewerbesteuererhöhung ist ein sehr zweischneidiges Instrument. Sie sendet negative Signale an die Wirtschaft und belastet Unternehmen – insbesondere den Mittelstand – in einer wirtschaftlich ohnehin herausfordernden Zeit. Planungssicherheit und Verlässlichkeit sind für mich zentrale Standortfaktoren. Erlangen liegt im überregionalen Vergleich bereits auf einem angemessenen Niveau, weshalb ich derzeit keinen Änderungsbedarf sehe.

Gleichzeitig ist klar: Haushaltsprobleme dürfen nicht zulasten von Bildung, Betreuung, Integration und sozialer Infrastruktur gelöst werden. Deshalb setze ich vorrangig auf eine strukturelle Stärkung der Kommunalfinanzen und eine breitere, verlässlichere Einnahmebasis.

Wie und wo können dringend benötigte Gewerbeflächen für ortsansässige Erlanger Firmen gewonnen werden, um Abwanderungen zu vermeiden und Arbeitsplätze zu sichern?

Als Oberbürgermeister stehe ich im engen Austausch mit expandierenden Unternehmen im Stadtgebiet und versuche, individuelle Lösungen zu ermöglichen oder zu vermitteln. Darüber hinaus ist es Ziel des laufenden Stadtentwicklungskonzepts (STEK), die Frage nach Gewerbeflächen in Erlangen strategisch zu beantworten und unter Beteiligung aller relevanten Akteure tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Dabei betrachten wir Potenziale in bestehenden Gewerbegebieten, etwa durch die Aktivierung und Modernisierung älterer Gewerbeimmobilien, zum Beispiel in Tennenlohe. Ähnliche Ansätze verfolgen wir entlang der Werner-von-Siemens-Straße, wo es darum geht, Gebäude neu zu denken und langfristig als Gewerbestandorte zu sichern – ergänzt um Wohnnutzungen in geeigneten Bereichen.

Zur Betrachtung gehört aber auch die mögliche Neuausweisung von Flächen. In Erlangen fehlt es insbesondere an Flächen für kleine und mittelständische Betriebe. Neben der Innenentwicklung wird daher auch eine maßvolle Außenentwicklung zu prüfen sein. Über diese Frage wird es unter meiner Führung ein Ratsbegehren geben, sodass alle Erlangerinnen und Erlanger darüber entscheiden können.

2. Wohnen, leben und arbeiten in Erlangen

Welche Strategien haben Sie, um den stark belasteten Erlanger Wohnungsmarkt akut und schnell zu entlasten?

Bezahlbares Wohnen ist für mich eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es entscheidet darüber, ob Familien, Auszubildende, Pflegekräfte, Erzieherinnen und Erzieher sowie Beschäftigte mit mittleren und niedrigeren Einkommen in Erlangen leben und arbeiten können.

Seit 2014 haben wir die Anstrengungen im Wohnungsbau massiv intensiviert. In dieser Zeit sind rund 5.500 neue Wohnungen entstanden. Wir haben in bestehenden Quartieren zusätzlichen Wohnraum geschaffen und zugleich die Lebensqualität verbessert, etwa entlang der Nürnberger Straße, in der Isarstraße oder in der Housing Area. Gleichzeitig entwickeln wir neue Wohngebiete wie Büchenbach-West sowie große Projekte am Siemens Campus und in der Regnitzstadt. So werden auch in den kommenden Jahren mehr als 5000 neue Wohnungen entstehen, davon wie immer mindestens 30% geförderte.

Neben dem Neubau spielt für mich die aktive Bestandspolitik eine zentrale Rolle. Mietbindungen verlängern, Bestandswohnungen aktivieren (Zweckentfremdung), Belegrechte ausbauen und energetisch sanieren, ohne Verdrängung zu erzeugen – all das ist entscheidend, damit Klimaschutz und soziale Sicherheit Hand in Hand gehen. Die systematische Stärkung der GEWOBAU setze ich fort.

Welche Maßnahmen würden Sie umsetzen, um in den nächsten Jahren noch mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen?

Die beschriebene Wohnungsbauoffensive werde ich konsequent fortsetzen. Dazu gehört der enge Dialog mit Investoren und Wohnungsbauunternehmen ebenso wie der Einsatz kommunaler Steuerungsinstrumente und Förderprogramme.

Darüber hinaus setze ich mich dafür ein, bestehende Mietbindungen zu verlängern, private Vermieter über Belegrechtsmodelle einzubinden und gezielt Bestandswohnungen zu aktivieren. Wo nötig, werden wir auch kommunale Anreize schaffen, um bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zu sichern. Ein wichtiger Baustein dabei ist der „Runde Tisch Soziales Wohnen“, die relevanten Akteure zusammenbringt und neue Impulse ermöglicht.

Planen Sie die zügige Umsetzung des Bürgerentscheids „Wohnraum in der Hindenburgstraße und Umgebung erhalten“?

Bürgerentscheide sind für mich Ausdruck gelebter kommunaler Demokratie. Die Mehrheitsentscheidung wird umgesetzt und fließt in die weitere Stadtentwicklung ein. Die Verwaltung arbeitet derzeit an der Umsetzung.

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass sich am tatsächlichen Wohnungsbestand mittelfristig wenig ändern wird, da weitergehende Planungen des Uniklinikums noch in weiter Ferne liegen. Hervorzuheben sind zugleich die Anstrengungen des Uniklinikums, selbst neuen Wohnraum zu schaffen, etwa in Büchenbach, die von der Stadt unterstützt werden.

Halten Sie die Quote von 30 % gefördertem Wohnraum für angemessen und wie sichern Sie deren Umsetzung?

Die Quote von 30 % gefördertem Wohnraum hat sich als wirksames Steuerungsinstrument bewährt. Sie wird konsequent angewandt und funktioniert in der Praxis im guten Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Bauträgern. Sie ist für mich ein zentrales Instrument, um Wachstum sozial zu steuern und sicherzustellen, dass Erlangen eine Stadt für alle bleibt.

Wie planen Sie, den Problemen in der Kinder- und Seniorenbetreuung entgegenzuwirken?

Verlässliche Kinderbetreuung und Ganztagsangebote sind zentrale Daseinsvorsorge. Unter meiner Führung wurden die Betreuungsangebote kontinuierlich ausgebaut. Die Versorgungsquoten liegen auf hohem Niveau, zugleich arbeiten wir daran, bestehende Lücken in einzelnen Stadtteilen zu schließen.

Der weitere Ausbau erfolgt gemeinsam mit freien und privaten Trägern. Altersübergreifende Angebote, ein transparentes Kitaplatzportal und die Stärkung der Kindertagespflege tragen dazu bei, Betreuung verlässlich zu gestalten. Gleichzeitig müssen die Arbeitsbedingungen in Kitas, Horten und der Pflege verbessert werden. Gute Betreuung gibt es nur mit gut ausgestatteten Teams und fairen Arbeitsbedingungen.

Auch in der Seniorenbetreuung setze ich auf quartiersbezogene Ansätze. Pflege, Beratung, Nachbarschaft und Ehrenamt sollen vor Ort zusammenwirken, damit ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld leben können.

Streben Sie Vereinfachungen bei der Beantragung des ErlangenPass an?

Der ErlangenPass ermöglicht Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Beantragung wurde bereits vereinfacht und digitalisiert, Informationen stehen in mehreren Sprachen zur Verfügung. Die hohen Nutzungszahlen sprechen für den großen Erfolg dieser Maßnahme. Ziel bleibt, den ErlangenPass weiter zu vereinfachen und noch

niederschwelliger zugänglich zu machen, damit möglichst viele Berechtigte ihn auch tatsächlich nutzen können.

Wie stehen Sie zur Umsetzung des Bürgerentscheids zur Stadt-Umland-Bahn und zur ökologischen Mobilitätswende?

Die StUB ist ein zentraler Faktor für die Zukunftsentwicklung des Standorts und insbesondere notwendig für die positive Entwicklung der Universität und der Schlüsselunternehmen in der Region. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich 2024 erneut mehrheitlich für den Bau der Stadt-Umland-Bahn ausgesprochen. Diese Entscheidung setze ich konsequent um. Parallel verfolgen wir mit dem Verkehrs- und Mobilitätsentwicklungsplan einen ganzheitlichen Ansatz.

Eine starke, bezahlbare und verlässliche Mobilität ist auch eine soziale Frage. Sie entscheidet darüber, ob Menschen unabhängig vom Einkommen zur Arbeit, zur Ausbildung oder zu sozialen Angeboten kommen. Deshalb verstehe ich den Ausbau von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr nicht als Ideologie, sondern als Beitrag zu Lebensqualität, Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit. Dazu gehört für mich aber auch gerade im Umfeld der Innenstadt, z.B. am Klinikum oder am Großparkplatz die notwendigen Parkhäuser zu schaffen, um die Innenstadt zu entlasten.

Welche Priorität hat für Sie die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes für die Stadt Erlangen?

Die Stadt Erlangen kann keine Gesetze erlassen. Die Frage zielt also vermutlich auf die Stärkung der Tariftreue und anderer sozialer und nachhaltiger Komponenten in der Vergabeordnung der Stadt ab. Solche Regelungen können faire Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und Ausbildung stärken sowie regionale Wertschöpfung sichern. Gleichzeitig müssen sie rechtssicher ausgestaltet werden, um Vergaben nicht zu gefährden und lange rechtliche Auseinandersetzungen zu erzeugen. Ich befinde mich hierzu im Austausch mit dem zuständigen Rechtsreferat und bin zuversichtlich, dass es gelingt, eine rechtssichere kommunale Regelung zu schaffen.

Für welche Öffnungszeiten an Sonntagen und langen Einkaufsnächten würden Sie plädieren?

Der Schutz des Sonntags und der Beschäftigten hat für mich einen hohen Stellenwert. Er dient der Erholung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenige, klar begrenzte Ausnahmen – etwa ein bis zwei verkaufsoffene Sonntage im Jahr – halte ich ebenso für vertretbar, wie einzelne lange Einkaufsnächte.

Teil 1: Haushaltsdefizit Stadt Erlangen, Finanzierung der Kommune

Welche Möglichkeiten sehen Sie in Ihrer zukünftigen Position, um in den nächsten Jahren zusätzliche Haushaltsmittel zur Abmilderung der Einsparungen zu generieren?

Die Einnahmen der Stadt Erlangen setzen sich im Wesentlichen aus Gebühren, Steuereinnahmen sowie Fördermitteln und Zuschüssen von Bund und Land zusammen. Alle Bereiche müssen differenziert betrachtet werden.

Bei den Gebühren sehe ich aktuell keinen weiteren Handlungsspielraum. In nahezu allen Bereichen wurden sie bereits im Laufe des vergangenen Jahres deutlich angehoben. Die Belastungen für viele Menschen sind schon jetzt sehr hoch. Weitere Erhöhungen würden insbesondere Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen zusätzlich belasten und sind aus meiner Sicht nicht vertretbar.

Die Grundsteuer wurde in der letzten Stadtratssitzung auf das Niveau von 2019 angepasst. Grundsätzlich halte ich das bayerische Grundsteuersystem für sozial weniger gerecht als Modelle in anderen Bundesländern, da Lage und Wert einer Immobilie keine Rolle spielen, sondern ausschließlich der Fläche. Dennoch ist die zusätzliche Belastung für Menschen in kleinen Wohnungen sehr gering – beispielsweise rund sechs Euro pro Jahr für eine 50-Quadratmeter-Wohnung –, während große Flächen deutlich stärker herangezogen werden. Die Anhebung leistet jetzt jährlich einen Beitrag von rund einer Million Euro zur Haushaltskonsolidierung.

Das größte Potenzial für zusätzliche Einnahmen liegt aus meiner Sicht bei der Gewerbesteuer. Die Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts und eine Diversifizierung der Unternehmen halte ich dabei für zentral.

Der Standort Erlangen steht sowohl im direkten Wettbewerb mit dem Umland als auch – insbesondere bei größeren Unternehmen – in einem intensiven internationalen Standortwettbewerb. Entscheidend sind deshalb gute und verlässliche Rahmenbedingungen vor Ort. Dazu zählen schnelle Genehmigungsverfahren und eine gut funktionierende Verwaltung, gut ausgebildete Fachkräfte ebenso wie bezahlbarer Wohnraum, zuverlässige Kinderbetreuung und ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr.

Deutlich besser werden müssen wir außerdem bei der Einwerbung von Fördermitteln. Andere Kommunen und Landkreise erzielen hier – etwa bei Schulsanierungen und Neubauten – deutlich höhere Förderquoten. Entscheidend ist, dass Planungen frühzeitig vorliegen und „in der Schublade“ bereitstehen, damit Fördermittel sofort beantragt werden können, sobald entsprechende Programme aufgelegt werden. Eine vorausschauende, gut vorbereitete Planung ist hier ein zentraler Schlüssel, um den städtischen Haushalt wirksam zu entlasten.

2. Wie wollen Sie die Funktionsfähigkeit der städtischen Behörden trotz Stellensperrungen dauerhaft gewährleisten, ohne das vorhandene und bereits sehr stark belastete Personal noch weiter zu belasten?

Die Stadt Erlangen verfügt über hoch qualifizierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die aktuelle Belastung ist jedoch weniger eine Frage der Leistungsbereitschaft als der bestehenden Strukturen und Prozesse, die in vielen Bereichen noch nicht ausreichend effizient und ämterübergreifend organisiert sind. Mein Ansatz ist deshalb klar: Funktionsfähigkeit sichere ich nicht durch Mehrarbeit, sondern durch bessere Abläufe.

Ein zentraler Hebel ist die konsequente Digitalisierung der Verwaltung. Sie soll gezielt dort ansetzen, wo Mitarbeitende heute durch Routinetätigkeiten gebunden sind. Dazu gehören unter anderem eine digitale Lagerverwaltung im städtischen Bauhof, KI optimierte Routen bei Winterdienst und

Abfallwirtschaft, zentrale Online-Formulare sowie ämterübergreifende digitale Workflows, bei denen Daten nur einmal erfasst und automatisiert weiterverarbeitet werden. So vermeiden wir Mehrfacherfassungen und unnötige manuelle Arbeit. Ergänzend setze ich auf den verantwortungsvollen Einsatz von KI in Bereichen mit hohen Fallzahlen, um Routinetätigkeiten zu reduzieren und Mitarbeitende zu unterstützen.

So bleibt wieder mehr Zeit für komplexe Fälle und den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Für mich haben die Entlastung der Mitarbeitenden und die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung oberste Priorität.

3. Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um die aktuellen Wiederbesetzungssperren so schnell wie möglich rückgängig zu machen oder dem Personalmangel entgegenzuwirken?

Die wirksamste Maßnahme gegen Wiederbesetzungssperren sind stabile Finanzen und ein genehmigter Haushalt. Nur wenn die Stadt finanziell wieder handlungsfähig ist, können notwendige Stellen dauerhaft und verlässlich besetzt werden.

Sobald es die Haushaltslage zulässt, muss die Wiederbesetzungssperre aufgehoben werden. Sie führt zwangsläufig zu Engpässen in den betroffenen Abteilungen, verlängert Bearbeitungszeiten und erhöht den Druck auf die verbleibenden Beschäftigten. Eine dauerhaft funktionsfähige Verwaltung ist unter diesen Bedingungen schwer möglich.

Solange Wiederbesetzungssperren bestehen, ist eine klare Priorisierung der Aufgaben notwendig. Diese Verantwortung liegt bei den jeweiligen Führungskräften. Pflichtaufgaben müssen dabei Vorrang vor zusätzlichen Leistungen haben, um Rechtsansprüche, Verlässlichkeit und die Handlungsfähigkeit der Stadt sicherzustellen.

Um dem zunehmenden Fachkräftemangel infolge des Ruhestands der Babyboomer-Generation entgegenzuwirken, werde ich konsequent auf Ausbildung und Nachwuchsgewinnung setzen. Die Stadt muss weiterhin verlässlich ausbilden und gleichzeitig aktiv um Fachkräfte werben, auch über zeitgemäße Kanäle wie LinkedIn, Facebook und Instagram. Nur so sichern wir langfristig Personal, Wissen und Qualität in der Verwaltung.

4. Werden Sie die entsprechenden Maßnahmen gegen Scheinsitzverlegungen von Unternehmen in Gewerbesteuer-Oasen gegenüber der Bundesregierung einfordern?

Ja. Der Stadtrat hat am 11. Dezember einen entsprechenden Antrag beraten, dem wir zugestimmt haben. Ziel waren klare bundesrechtliche Regelungen, um Scheinsitzverlegungen von Unternehmen wirksam zu begegnen.

Konkret geht es darum, dass Wertschöpfung dort besteuert wird, wo sie tatsächlich erbracht wird. Kommunen stellen Infrastruktur, Wohnraum und öffentliche Leistungen bereit – sie dürfen nicht dadurch benachteiligt werden, dass Gewinne in andere Kommunen oder sogenannte Gewerbesteuer-Oasen verlagert werden.

Als Oberbürgermeister*in werde ich mich aktiv gegenüber Bund und Ländern für eine faire, rechtssichere und kommunalfreundliche Ausgestaltung des Steuerrechts einsetzen – gemeinsam mit anderen Kommunen und über die kommunalen Spitzenverbände.

5. Wie ist Ihre Einstellung zu Gewerbesteuererhöhungen in Erlangen, um Einnahmen zu generieren und dadurch Mittel für die notwendigen Stellen zu schaffen?

Eine Anhebung der Gewerbesteuer hätte zwar einen kurzfristigen Einnahmeeffekt, wäre aus meiner Sicht jedoch das falsche Signal an Unternehmen und Gewerbetreibende. Sie würde mittel- und langfristig die Attraktivität des Standorts Erlangen schwächen und Abwanderungstendenzen in die umliegenden Kommunen verstärken.

Gerade Erlangen ist als kleine Großstadt mit unmittelbar angrenzenden Nachbargemeinden besonders sensibel für Veränderungen beim Gewerbesteuerhebesatz. In der Metropolregion sind die Entfernungen kurz, und vielen Unternehmen ist eine Verlagerung in die direkte Nachbarschaft organisatorisch zumutbar – auch für die Beschäftigten. Dieses Risiko ist deutlich höher als in größeren Städten.

Hinzu kommt, dass andere Standortanreize, etwa günstige Gewerbeflächen in städtischem Besitz, nicht mehr zur Verfügung stehen. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde daher nicht durch zusätzliche Vorteile kompensiert werden können. Einnahmen sichern wir nachhaltiger durch gute Standortbedingungen, stabile wirtschaftliche Entwicklung und eine starke Bestandsbetreuung, nicht durch kurzfristige Steuererhöhungen mit langfristigen Folgekosten.

Wie und wo können dringend benötigte Gewerbeflächen für bereits ortsansässige Erlanger Firmen gewonnen werden um weitere Ab-wanderungen von Betrieben (Beispiel Sycatec) zu vermeiden und dadurch auch Arbeitsplätze vor Ort zu sichern?

Aktuell verfügt die Stadt Erlangen nahezu über keine eigenen Gewerbeflächen mehr, die sie Unternehmen zu günstigen Konditionen anbieten kann. Die Stadt kann daher vielfach nur noch als Vermittlerin für private Flächen auftreten. Um diese Rolle wirksam auszufüllen, schlage ich die Einführung eines kommunalen Immobilien- und Gewerbeflächenportals vor. Ziel ist es, Angebot und Nachfrage schneller, transparenter und effizienter zusammenzuführen und insbesondere ortsansässigen Betrieben frühzeitig Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen.

Darüber hinaus müssen wir prüfen, wo bestehende Flächen besser genutzt, umgenutzt oder nachverdichtet werden können.

Gerade für Bestandsbetriebe ist es entscheidend, dass Erweiterungen möglichst innerhalb des Stadtgebiets oder zumindest in enger Abstimmung mit der Stadt realisiert werden können.

Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete ist grundsätzlich eine Option, hängt für mich jedoch stark davon ab, ob dafür eine breite gesellschaftliche Akzeptanz erreicht werden kann. Eine Zustimmung ist keine Grundsatzentscheidung, sondern immer eine Frage der konkret vorgeschlagenen Fläche. Dabei müssen ökologische Auswirkungen, Verkehrsanbindung, Flächenverbrauch und die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner sorgfältig abgewogen werden. Nur wenn diese Fragen überzeugend beantwortet sind, kann die Ausweisung neuer Gewerbeflächen ein sinnvoller Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Erlangen sein.

7. Wie würden Sie vorgehen, um eine Wiederholung großer, um unvorhergesehene Steuerrückzahlungen künftig zu vermeiden?

Kleinere Steuerrückzahlungen lassen sich in einem wirtschaftlich dynamischen Umfeld nicht vollständig vermeiden. Ziel muss es daher sein, große, überraschende Ausschläge so weit wie möglich zu begrenzen und besser planbar zu machen.

Dazu gehört für mich ein kontinuierlicher und strukturierter Austausch mit den größten Gewerbesteuerzahlern der Stadt. Durch regelmäßige Gespräche über wirtschaftliche Lage, aktuelle Entwicklungen und anstehende Investitions- oder Umstrukturierungsprojekte lassen sich Risiken früher erkennen und in der Haushaltsplanung berücksichtigen. So vermeiden wir, von größeren Rückzahlungen völlig überrascht zu werden.

Gleichzeitig strebe ich eine weitere Diversifizierung der Unternehmenslandschaft an. Eine breit aufgestellte Wirtschaftsstruktur reduziert die Abhängigkeit von einzelnen großen Steuerzahlern und macht den städtischen Haushalt insgesamt robuster gegenüber konjunkturellen Schwankungen. Langfristige Haushaltsstabilität erreichen wir nur, wenn wirtschaftliche Stärke auf mehreren Schultern ruht.

Teil 2 Wohnen, leben und arbeiten in Erlangen

Welche Strategien haben Sie um den stark belasteten Erlanger Wohnungsmarkt akut und schnell zu entlasten?

In den vergangenen Jahren ist es in Erlangen nicht gelungen, ausreichend neuen Wohnraum zu schaffen, um dem starken Anstieg der Mieten und Immobilienpreise wirksam zu begegnen. Die Folge ist, dass viele Menschen mit geringem Einkommen im Stadtgebiet kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden und zunehmend verdrängt werden.

Kurzfristig setze ich deshalb auf Maßnahmen, die sofort Wirkung entfalten. Mein Ziel ist Planungs- und Genehmigungsprozesse in der Verwaltung deutlich zu beschleunigen und Zuständigkeiten klar zu bündeln, damit genehmigungsreife Projekte schneller realisiert werden können. Gleichzeitig aktiviere ich vorhandenen Wohnraum konsequenter: durch verstärkte Anwendung der Zweckentfremdungssatzung gegen Leerstand, durch die aktive Förderung von Wohnungstauschmodellen und durch die stadtweite Stärkung des Programms „Wohnen für Hilfe“. Diese Instrumente schaffen zwar keine tausend neuen Wohnungen auf einmal, sie können aber zu einer leichten Marktentlastung beitragen.

2. Welche Maßnahmen würden Sie umsetzen, um in den nächsten Jahren noch mehr bezahlbaren Wohnraum in Erlangen zu schaffen?

Mein Ziel ist es, bis 2032 im Durchschnitt mindestens 500 neue Wohnungen pro Jahr zu ermöglichen. Das erreiche ich durch drei Hebel: Erstens beschleunige ich neue Quartiere wie das Südquartier am Campus, Siemens-Mitte und die Regnitzstadt, sodass spätestens ab 2027 erste Projekte baureif sind. Zweitens stärke ich die städtische GEWOBAU als zentralen Akteur für bezahlbaren Wohnraum und unterstütze zusätzlich private Wohnungsunternehmen bei Neubau, Aufstockung und maßvoller Nachverdichtung – immer mit einem klaren Fokus auf leistbare Mieten und Barrierefreiheit. Drittens fördere ich neue Wohnformen wie gemeinschaftliches Wohnen, Mehrgenerationenhäuser, Clusterwohnungen und Alleinerziehenden-WGs, um vorhandene Flächen effizienter zu nutzen.

Ergänzend dazu setze ich auf eine enge Kooperation mit der GEWOBAU Land. Gemeinsam mit den Umlandkommunen will ich gezielt bezahlbaren Wohnraum auch außerhalb des Stadtgebiets entwickeln – gut angebunden, sozial ausgewogen und mit klaren Mietobergrenzen. So entlasten wir den Erlanger Wohnungsmarkt, schaffen zusätzliche Angebote für Beschäftigte und Familien und sorgen zugleich dafür, dass Wohnen im Großraum Erlangen für breite Bevölkerungsschichten bezahlbar bleibt.

Planen Sie die zügige Umsetzung des Bürgerentscheids „Wohnraum in Hindenburgstraße und Umgebung erhalten“ und wenn ja, wie?

Der Bürgerentscheid „Wohnraum erhalten“ hat deutlich gezeigt, wie wichtig bezahlbarer Wohnraum im Zentrum unserer Stadt ist. Ausreichend günstiger Wohnraum ist ein entscheidender Faktor für die Sicherung unserer Universität, des Universitätsklinikums und der Erlanger Wirtschaft insgesamt.

Die Weiterentwicklung des Masterplans des Universitätsklinikums sollte gezielt dafür genutzt werden, zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum in fußläufiger Nähe zu den Kliniken zu schaffen – etwa im Bereich der heutigen Philosophischen Fakultät entlang der Bismarckstraße und der Hindenburgstraße. Gerade für Pflegekräfte, Beschäftigte des Klinikums, Studierende und junge Familien wäre das ein großer Gewinn. Wohnraum in direkter Nähe zum Arbeitsplatz entlastet den Wohnungsmarkt, reduziert Pendelverkehre und stärkt Erlangen als attraktiven und leistungsfähigen Standort. Sofern die Umsetzung des Bürgerentscheids im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens rechtlich möglich ist, werde ich mich um eine zügige Umsetzung kümmern.

4. Halten Sie die für Erlangen vereinbarte Quote von 30 % gefördertem Wohnraum für neue Bauprojekte für adäquat und wie wollen Sie deren Umsetzung garantieren?

Die 30-Prozent-Quote für geförderten Wohnraum ist richtig und notwendig, um den Wohnungsmarkt sozial ausgewogen zu entwickeln. Ich halte sie für das Mindestmaß dessen, was eine wachsende Stadt wie Erlangen braucht, um der hohen Nachfrage sowie den stark steigenden Miet- und Kaufpreisen wirksam zu begegnen.

In Erlangen ist diese Quote durch einen Stadtratsbeschluss als verbindliche Vorgabe bei der Schaffung von Baurecht verankert, insbesondere im Rahmen von Bebauungsplanverfahren. Sie gilt bereits ab Bauvorhaben, bei denen mindestens zwölf neue Wohneinheiten entstehen – eine deutliche Absenkung gegenüber der früheren Schwelle von 24 Wohneinheiten und ein wichtiger Schritt, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu sichern.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Quote in der Praxis nur umgesetzt werden kann, wenn entsprechende Förderprogramme und Fördertöpfe des Landes zur Verfügung stehen – was aktuell nicht in ausreichendem Maße der Fall ist. Deshalb werde ich mich gegenüber dem Freistaat Bayern klar und deutlich dafür einsetzen, dass die Wohnraumförderung verlässlich und ausreichend ausgestattet wird. Gleichzeitig werde ich alle kommunalen Spielräume nutzen, um die Quote dort umzusetzen, wo es rechtlich und wirtschaftlich möglich ist. Geförderter Wohnraum darf nicht die Ausnahme sein, sondern muss zum selbstverständlichen Bestandteil jedes größeren Neubauprojekts in Erlangen werden.

5. Wie planen Sie den genannten Betreuungsproblemen in Erlangen konkret entgegenzuwirken?

Die geschilderten Probleme nehme ich sehr ernst. Steigende Betreuungskosten, eingeschränkte Betreuungszeiten und Fachkräftemangel treffen vor allem berufstätige Eltern, Alleinerziehende und pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren besonders hart. Mein Ansatz ist deshalb klar: Betreuung muss verlässlich, bedarfsgerecht und für die Beschäftigten wie für die Familien tragfähig organisiert sein.

Im Bereich der Kinderbetreuung setze ich konsequent auf eine bedarfsgerechte und vorausschauende Planung. Aktuell erleben wir in Erlangen eine widersprüchliche Situation: In einzelnen Bereichen geht die Nachfrage nach Kitaplätzen zurück, gleichzeitig fehlen Plätze in der Betreuung von Grundschulkindern. Genau hier braucht es eine bessere Steuerung. Ich will die Betreuungsplanung künftig stärker auf konkrete Zahlen, belastbare Prognosen und den tatsächlichen Bedarf ausrichten. Denn klar ist: Alle Kinder, die heute in einer Kita betreut werden, kommen früher oder später auch in unsere Grundschulen.

Deshalb werde ich den Ausbau von Betreuungsangeboten gezielt dort vorantreiben, wo er tatsächlich gebraucht wird – insbesondere bei der Mittags-, Hort- und Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder. Bis 2028 sichere ich eine verlässliche Betreuung für alle Grundschul Kinder und Sorge für flexible Früh- und Spätbetreuungsangebote, die sich an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren. Städtische und freie Träger unterstütze ich dabei partnerschaftlich und fair, damit vorhandene Kapazitäten besser genutzt, Angebote flexibel angepasst und Betreuungslücken rechtzeitig geschlossen werden können

6. Streben Sie Vereinfachungen bei der Beantragung des Erlangen- Pass an und falls ja, welche?

Ja, ausdrücklich. Ich bin ein großer Befürworter von Vereinfachung und Entbürokratisierung – gerade bei Angeboten, die soziale Teilhabe ermöglichen sollen. Der Erlangen-Pass erfüllt eine wichtige Funktion, darf aber nicht an komplizierten Antragsverfahren scheitern. Wenn Menschen Unterstützung brauchen, um einen Pass zu beantragen, läuft etwas falsch.

Ich möchte gemeinsam mit den Betroffenen, den Beratungsstellen und Hilfsorganisationen – insbesondere jenen, die Migrantinnen und Migranten begleiten – sowie den zuständigen Ämtern an

einem Tisch Lösungen erarbeiten. Ziel ist ein Antragsverfahren, das verständlich, niedragschwellig und realistisch ohne externe Hilfe zu bewältigen ist.

Konkret geht es mir darum, das Verfahren insgesamt einfacher und zugänglicher zu machen – mit verständlichen, möglichst mehrsprachigen Antragsformularen, klaren Informationen sowie digitalen und analogen Zugangswegen, sowie die Prüfung, ob Daten, die der Verwaltung bereits vorliegen, stärker genutzt werden können. Dabei bin ich ausdrücklich offen für weitere Ideen und Vorschläge zur Vereinfachung, die aus der Praxis kommen. Entscheidend ist, dass der Erlangen-Pass ohne unnötige Hürden beantragt werden kann und seinen Zweck erfüllt: gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen.

7. Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zur Umsetzung des Bürgerentscheids zur StUB in Erlangen vom Jahr 2024? Wollen Sie eine ökologische Mobilitätswende in Erlangen vorantreiben und wenn ja, wie?

Der Bürgerentscheid zur Stadt-Umland-Bahn (StUB) ist für mich eine klare demokratische Entscheidung, die umgesetzt werden muss. Die StUB bietet die große Chance, Erlangen deutlich besser mit Nürnberg und Herzogenaurach zu vernetzen, Fahrzeiten zu verkürzen und den Verkehr – insbesondere in der nördlichen Innenstadt – spürbar zu entlasten. Für Universität, Klinikum und unsere Unternehmen ist sie ein zentraler Standortfaktor.

Ich will die StUB zügig vorantreiben und sie zum Rückgrat eines modernen, ökologischen Verkehrssystems machen. Mein Ziel ist es, das Planfeststellungsverfahren bis 2028 abzuschließen und den Bau zu forcieren, sodass der erste Abschnitt ab 2032 im 10-Minuten-Takt fahren kann. Parallel dazu optimiere ich den öffentlichen Nahverkehr insgesamt: Das Busnetz wird weiterentwickelt, alle Stadtteile besser angebunden und der Busverkehr schrittweise auf emissionsfreie Fahrzeuge umgestellt – für einen sauberen, verlässlichen und attraktiven ÖPNV.

Eine ökologische Mobilitätswende gelingt aber nur im Zusammenspiel aller Verkehrsarten. Deshalb investiere ich gezielt in den Radverkehr: mit einem Fahrradparkhaus in der Regnitzstadt, Radschnellwegen nach Nürnberg und Herzogenaurach sowie durchgängig sicheren Hauptachsen bis 2030. Winterdienst-Routen, zusätzliche Grünpeile und sichere Schulwege gehören für mich selbstverständlich dazu.

Auch Fußgängerinnen und Fußgänger stehen im Fokus. Straßenbaumaßnahmen nutze ich konsequent, um Gehwege zu verbreitern und Querungen sicherer zu machen. Ab 2026 setze ich in allen zulässigen Schul- und Kitaabschnitten Tempo 30 um – aus Verantwortung für Sicherheit und Lebensqualität.

Ergänzend treibe ich E-Mobilität, Carsharing und ein intelligentes Parkmanagement voran: mit 200 zusätzlichen Ladepunkten bis 2029, mehr Carsharing-Standorten, einer besseren Verknüpfung mit Bus, Bahn und Leihrädern sowie fairen, klar geregelten Parkangeboten. So entsteht Schritt für Schritt ein ausgewogener Mobilitätsmix, der Klimaschutz, soziale Belange und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen in Erlangen zusammenbringt.

8. Welche Priorität hat für Sie die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes für die Stadt Erlangen bzw. wann ist eine konkrete Einführung geplant?

Die Einführung verbindlicher Tariftreue-Regelungen hat für mich eine hohe Priorität. Gemeinsam mit SPD, Erlanger Linke, Klimaliste und FWG haben wir hierzu bereits in diesem Jahr einen konkreten Antrag gestellt, mit dem Ziel, die bestehende Vergaberichtlinie der Stadt Erlangen weiterzuentwickeln und sozial zu schärfen.

Vergaberichtlinie der Stadt Erlangen anpassen – Tarifstandards und Mindestlohn sichern – GRÜNE/Grüne Liste Erlangen

Hintergrund ist, dass auf Bundesebene die Einführung eines Tariftreue- und Mindestlohngesetzes angestrebt wird, um sicherzustellen, dass öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden und faire Löhne garantiert sind. Bayern gehört jedoch bislang – ebenso wie Sachsen – zu den wenigen Bundesländern ohne eigenes Tariftreuegesetz. Umso wichtiger ist es, dass Erlangen die vorhandenen rechtlichen Spielräume nutzt und in der städtischen Vergabepraxis klare und verbindliche Tarifstandards verankert.

Konkret beantragen wir, dass die Stadt Erlangen bei der Neufassung ihrer Vergaberichtlinie die bestehenden sozialen Regelungen beibehält, sie aber im Detail an das Gutachten des DGB anpasst. Insbesondere sollen die in § 6 des DGB-Mustervorschlags formulierten Vergütungsaspekte als verbindliche Mindest- und Zuschlagskriterien übernommen werden. Damit stellt Erlangen sicher, dass öffentliche Aufträge nicht nur wirtschaftlich vergeben werden, sondern gute Arbeit, Tarifbindung und faire Löhne entlang der gesamten Auftragskette fördern.

9. Für welche Öffnungszeiten an Sonntagen und langen Einkaufsnächten würden Sie plädieren?

Für mich haben der Schutz der Beschäftigten und der Sonntag als gemeinsamer Ruhetag weiterhin einen hohen Stellenwert. Gerade für Beschäftigte im Einzelhandel bedeuten längere und zusätzliche Öffnungszeiten häufig mehr Belastung, ohne dass sich dies spürbar in besseren Arbeitsbedingungen niederschlägt.

Deshalb plädiere ich für eine sehr zurückhaltende Nutzung von Sonntagsöffnungen und langen Einkaufsnächten. Verkaufsoffene Sonntage sollten auf wenige, klar begründete Anlässe beschränkt bleiben und nur dort stattfinden, wo sie in ein städtisches Gesamtkonzept eingebettet sind. Lange Einkaufsnächte halte ich in einem begrenzten Rahmen für vertretbar, wenn sie frühzeitig planbar sind und tarifliche sowie arbeitsrechtliche Schutzregelungen eingehalten werden.

Entscheidend ist für mich, dass zusätzliche Öffnungszeiten nicht zulasten der Beschäftigten gehen. Wo sie stattfinden, müssen sie freiwillig, fair vergütet und sozialverträglich organisiert sein. Eine weitere Aufweichung des Sonntagsschutzes lehne ich ab.

Ausgangspunkt: Der Haushalt zwingt zu Prioritäten

Die Stadt steht vor erheblichen finanziellen Belastungen: strukturelles Defizit, steigende Zinsen, wachsende Pflichtaufgaben. Deshalb muss jede Maßnahme auf ihre Finanzierbarkeit, Zweckmäßigkeit und Wirkung geprüft werden.

Ziel ist eine klare Linie: Handlungsfähigkeit sichern, Kernbereiche schützen, Einnahmen stärken, Ausgaben steuern.

2. Haushaltsstärkung: Maßnahmen, die sofort wirken können

Umsetzbar trotz Krise, da sie Einnahmen erhöhen oder Kosten langfristig senken:

A) Einnahmen stärken

Fördermittel von Bund, Land und EU konsequent einwerben.

Gewerbeflächen maßvoll entwickeln und vermarkten (bevorzugt Erbpacht statt Verkauf).

Immobilienbestände besser nutzen (Zwischennutzungen, Vermietung, Kooperationen).

Beteiligungen der Stadt strategisch einbinden, solide Dividenden sichern.

Leitidee: Nicht nur sparen, sondern Einnahmehasis verbreitern.

B) Verwaltung effizienter machen – ohne Mehrbelastung

Digitalisierung als Entlastung (E-Akte, automatische Abläufe, digitale Terminverwaltung).

Routineaufgaben bündeln, damit Fachkräfte Zeit für Kernaufgaben haben.

Entbürokratisierung.

Flexible Arbeitsmodelle zur Personalbindung.

Diese Maßnahmen sind kostengünstig und sofort wirksam, erhöhen aber die Leistungsfähigkeit der Verwaltung.

3. Personal: Schrittweise Entlastung trotz Wiederbesetzungssperren

Trotz angespannter Haushaltsslage sind folgende Schritte kurzfristig machbar, weil sie Pflichtaufgaben schützen:

Schrittweise Rücknahme der Sperren in Bereichen wie z.B. Integration, SGB-II-Leistungen, Bildung.

Aufbau eines Springer-Pools zur Abdeckung von Engpässen.

Schnellere Bewerbungsverfahren, bessere Abstimmung zwischen Personalamt und Fachbereichen.

Mehr Ausbildungs- und duale Studienplätze.

Begründung: Eine „kaputtgesparte Verwaltung“ wäre teurer als gezielte Personalstärkung.

4. Wirtschaft stärken und Einnahmehasis sichern

Umsetzbar und geboten:

Maßnahmen gegen Scheinsitzverlegungen, politischer Druck auf Bund/Land.

Gewerbesteuererhöhungen nur als letztes Mittel, dann maßvoll, befristet und zweckgebunden.

Neue Gewerbeflächen gewinnen (maßvolle Nachverdichtung, Umwidmung, interkommunale Kooperationen, Erbpacht).

Monitoring von Gewerbeflächen/Leerständen auf dem freien Markt > Unterstützung durch gezielte Vermittlung

Realistische Gewerbesteuerprognosen, Frühwarnsystem für Großzahler.

Diese Schritte stabilisieren die Stadt finanziell und sichern Arbeitsplätze.

5. Wohnen: Maßnahmen, die auch in der Krise realistisch sind

Kurzfristig umsetzbar:

Genehmigungen schneller bearbeiten, insbesondere für geförderten Wohnraum.

Aktivierung nutzbarer Flächen durch Zwischennutzung und Konzeptvergaben.
Programme zur Reaktivierung von Leerstand.
Stärkung der GEWOBAU durch strategische Unterstützung.
Langfristig bezahlbaren Wohnraum sichern
Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN) anwenden, wenn sinnvoll
Ausbau des Bodenfonds.
Nachverdichtung und Aufstockung dort, wo städtebaulich sinnvoll.

6. Bürgerbegehren Hindenburgstraße: Respekt – und Verantwortung

Ich respektiere das Bürgerbegehren Hindenburgstraße, aber die Gesundheitsversorgung und Kliniken müssen ebenfalls Priorität bleiben.
Umsetzbare Schritte in der Haushaltslage:
Anpassung von Bebauungsplänen und städtebaulichen Zielen.
Erhalt und Modernisierung vor Abriss.
Suche nach sozialverträglichen Lösungen mit Eigentümern.
Umsetzung nur in Varianten, die:
finanzierbar sind,
Klinikzugänge und medizinische Versorgung nicht beeinträchtigen,
keine neuen Haushaltsrisiken auslösen.
Demokratischer Auftrag ja – aber nicht zulasten der Gesundheit der Bevölkerung.

7. Soziale Teilhabe & Betreuung

Kinderbetreuung
Verbesserung der Ausbildungskapazitäten.
Attraktivere Arbeitsbedingungen.
Digitale Platzvergabe.
Ausbau von Krippen- und Hortplätzen (mit Fokus auf Familien in besonderen Lebenslagen).
Seniorenpflege
Unterstützung ambulanter Dienste.
Förderung neuer Wohn- und Pflegeformen.
Fachkräftegewinnung mit lokalen Trägern.
Bessere Beratung und Entlastung für Angehörige > Pflegestützpunkt erhalten.
Erlangen-Pass
Vereinfachung durch digitale Antragstellung, automatische Prüfung, zentrale Anlaufstellen.
Diese Maßnahmen sind organisatorisch machbar, teils kostenarm und stärken den sozialen Zusammenhalt.

8. Mobilität – Verkehrswende mit Vernunft

A) StUB

Bei der StUB fordere ich ein Moratorium: erst Haushaltsklarheit, dann Baufortschritt.
Ein Moratorium bedeutet keinen Ausstieg, sondern eine Atempause. Wir müssen erst prüfen, ob das Projekt unter den heutigen Bedingungen überhaupt noch tragfähig ist.
Ein Moratorium ist notwendig, weil:
Kostensteigerung seit 2019 um 129 Mio. € (+20 %).
Erwartbarer städtischer Eigenanteil über 100 Mio. €.
Stark wachsende Zinslast (bis 2029 über 8 Mio. €/Jahr).
Betriebskosten von deutlich über 1 Mio. € jährlich.
In der angespannten Haushaltslage ist das die einzige verantwortbare Option.

B) Mobilitätswende trotzdem voranbringen

Finanziell realistische Schritte sind:
Stärkung des ÖPNV (Optimierung bestehender Angebote statt Großinvestitionen).
Ausbau sicherer Rad- und Fußwege.

Intelligente Verkehrssteuerung.
Bürgerdialog zur künftigen Mobilität.

9. Gute Arbeit & faire Vergaben

Die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes ist politisch sinnvoll, aber:
erfordert Rechtsprüfung,
Abstimmung im Stadtrat,
ausreichend Verwaltungsressourcen.
Auch unter Sparauflagen umsetzbar, wenn priorisiert.

10. Ladenöffnungszeiten & Sonntagsschutz

Schutz des arbeitsfreien Sonntags,
begrenzte Ausnahmen (notwendige Wirtschaftsförderung),
klare Kriterien für Sonderöffnungen.

Haushaltsdefizit Stadt Erlangen, Finanzierung der Kommune:

Welche Möglichkeiten sehen Sie in Ihrer zukünftigen Position, um in den nächsten Jahren zusätzliche Haushaltsmittel zur Abmilderung der Einsparungen zu generieren?

Ich möchte die wirtschaftliche Stärke Erlangens gezielt weiterentwickeln. Als bedeutender Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort müssen wir Unternehmensansiedelungen, Ausgründungen aus der Universität, Start-Ups und bestehende Betriebe aktiv unterstützen. Mehr Wertschöpfung vor Ort bedeutet langfristig höhere Gewerbesteuereinnahmen und sichere Arbeitsplätze – ohne die Bürgerschaft durch zusätzliche Erhöhungen zu belasten. Außerdem sehe ich großes Potenzial in einer konsequenten Nutzung von Fördermitteln von Bund, Land und EU. Gerade in den Bereichen Infrastruktur, Klimaschutz, Sport, Digitalisierung und Wohnungsbau lassen sich Investitionen kofinanzieren, wenn Chancen gezielt und frühzeitig genutzt werden. Des Weiteren ist eine kritische Überprüfung bestehender Aufgaben notwendig. Jeder Euro Steuergeld muss möglichst effektiv eingesetzt werden. Durch effiziente Verwaltungsabläufe, Digitalisierung und eine klare Priorisierung von Aufgaben können Mittel freigesetzt werden, ohne die Leistungsfähigkeit der Stadt zu schwächen. Mir ist somit vor allem wichtig, dass zusätzliche Haushaltsmittel nicht durch pauschale Steuer- oder Gebührenerhöhungen generiert werden.

Wie wollen Sie eine Funktionsfähigkeit der städtischen Behörden, trotz Stellensperrungen innerhalb der Dienststellen, dauerhaft gewährleisten, ohne das vorhandene und bereits sehr stark belastete Personal noch weiter zu belasten?

Entscheidend ist eine klare Priorisierung der Aufgaben. Pflichtaufgaben müssen zuverlässig erfüllt werden, freiwillige Aufgaben müssen kritisch überprüft und eventuell zurückgefahren werden. Gleichzeitig sehe ich großes Potenzial in der Digitalisierung und Vereinfachung von Verfahren, um Arbeitsabläufe zu beschleunigen und das Personal spürbar zu entlasten. Wo es sinnvoll ist, müssen Aufgaben gebündelt oder befristet anders organisiert werden. Wichtig ist mir außerdem ein wertschätzender Umgang mit den Beschäftigten sowie eine Konzentration auf gute Führung und Anerkennung, damit Motivation und Leistungsfähigkeit erhalten bleiben.

Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um die aktuellen Wiederbesetzungssperren so schnell wie möglich rückgängig zu machen oder dem Personalmangel entgegenzuwirken?

Mein Ziel ist es, die Wiederbesetzungssperre sukzessive aufzuheben, sobald es die Haushaltslage erlaubt. Dafür braucht es eine klare Priorisierung im Stellenplan: besonders belastete und sicherheitsrelevante Bereiche müssen bevorzugt wiederbesetzt werden. Außerdem möchte ich durch Aufgabenkritik, Digitalisierung und Prozessvereinfachung dauerhaft Spielräume schaffen, um notwendige Stellen wieder finanzieren zu können. Auch muss die Stadt als Arbeitgeberin attraktiver werden, etwa durch flexiblere Arbeitszeiten, gute Arbeitsausstattung und gezielte Förderung, um langfristig gutes Personal zu finden und zu binden.

Werden Sie die entsprechenden Maßnahmen gegenüber der Bundesregierung einfordern (um Scheinsitzverlegungen von Unternehmen) zu begegnen?

Ich möchte die Schuld für Unternehmensverlegungen oder Teilverlegungen nicht anderen zuweisen. Vielmehr ist es die Aufgabe des jeweiligen Oberbürgermeisters dafür zu sorgen, dass sich Unternehmen in Erlangen wohl und gerecht behandelt fühlen. Durch eine „Willkommenskultur“ will ich Unternehmen an die Stadt binden.

Wie ist Ihre Einstellung zu Gewerbesteuererhöhungen in Erlangen, um Einnahmen zu generieren und dadurch Mittel für die oben genannten notwendigen Stellen zu generieren?

Weitere Gewerbesteuererhöhungen lehne ich ab. Ganz im Gegenteil, wir müssen die Gewerbesteuer senken, um attraktiv für neue Unternehmen zu sein. Steuersenkung als Konjunkturspritze sozusagen. Als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort lebt unsere Stadt von starken Unternehmen, sicheren Arbeitsplätzen und Investitionen. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Wettbewerbsfähigkeit Erlangens schwächen und Anreize für weitere Abwanderung schaffen. Ziel ist ein verlässlicher, unternehmensfreundlicher Kurs, der langfristig auch den städtischen Haushalt stärkt.

Wie und wo können dringend benötigte Gewerbeflächen für bereits ortsansässige Erlanger Firmen gewonnen werden um weitere Abwanderungen von Betrieben (Beispiel Sycatec) zu vermeiden und dadurch auch Arbeitsplätze vor Ort zu sichern?

Um Abwanderung zu vermeiden, müssen mehr Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden. Daher ist es essenziell, im Rahmen des bereits angestoßenen Stadtentwicklungskonzepts, welches ich schon lange fordere, geeignete Flächen zu identifizieren und eine Nachverdichtung und effizientere Nutzung zu prüfen. Im nächsten Schritt muss die Politik dann mögliche Spielräume gezielt nutzen und die notwendigen Änderungen des bestehenden Flächennutzungsplans vornehmen.

Wie würden Sie vorgehen um eine Wiederholung der Situation mit einer Belastung des Haushalts auf Grund großer, unvorhergesehener Steuerrückzahlungen zukünftig zu vermeiden?

Als Oberbürgermeister würde ich im ständigen Kontakt mit den Unternehmen in unserer Stadt sein, um derartige Situationen rechtzeitig zu erkennen.

Um eine erneute derart starke Belastung des Haushalts durch unvorhergesehene Steuerrückzahlungen zu vermeiden, setze ich auf vorsorgende Haushaltsplanung, Risikoversicherung und weitere frühzeitige Steuerkontrollen.

Wohnen, leben und arbeiten in Erlangen

Welche Strategien haben Sie um den stark belasteten Erlanger Wohnungsmarkt akut und schnell zu entlasten?

Zum einen müssen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Darüber hinaus setze ich auf die konsequente Nutzung vorhandener Flächen. Baulücken sowie die Umnutzung nicht mehr benötigter Büro- oder Gewerbeflächen müssen stärker aktiviert werden. Nachverdichtung im Bestand ist dabei ebenfalls ein zentraler Baustein. Als dritten Punkt möchte ich den bezahlbaren und sozialen Wohnungsbau stärken. Als Aufsichtsratsvorsitzender der GEWOBAU Erlangen kenne ich die Möglichkeiten, aber auch die Herausforderungen der kommunalen Wohnungspolitik sehr genau.

Welche Maßnahmen würden Sie umsetzen, um in den nächsten Jahren noch mehr bezahlbaren Wohnraum in Erlangen zu schaffen?

Die GEWOBAU Erlangen ist zentrales Instrument, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum in Erlangen zu schaffen und zu halten. Sie soll gezielt gestärkt werden, indem Förderprogramme von Bund und Freistaat konsequent genutzt und neue Projekte zügig umgesetzt werden. Ergänzend dazu müssen zukünftig serielle oder modulare Bauweisen verstärkt genutzt werden. Diese können vergleichsweise schnell zusätzlichen Wohnraum schaffen und den Markt entlasten.

Planen Sie die zügige Umsetzung des Bürgerentscheids „Wohnraum in Hindenburgstraße und Umgebung erhalten“ von diesem Jahr und wenn ja, wie?

Der Entscheid schränkt aus meiner Sicht die Entwicklungsmöglichkeiten unseres Universitätsklinikums in einem zentralen Bereich der Stadt erheblich ein und steht damit dem Ausbau der Forschung, der Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen entgegen. Wohnraum ließe sich an anderer, dafür besser geeigneter Stelle effizienter

und nachhaltiger schaffen. Gleichzeitig ist klar, dass ich als Oberbürgermeister an Recht und Gesetz gebunden bin und den damit einhergehenden Pflichten unterliege.

Halten Sie die für Erlangen vereinbarte Quote für geförderten Wohnraum von 30 % für neue Bauprojekte für adäquat und wie wollen Sie deren Umsetzung garantieren?

Gerade in einer Stadt wie Erlangen mit hoher Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum, begrenzten Flächen und steigenden Grundstücks- und Baukosten ist es wichtig, soziale Ziele mit wirtschaftlicher Realisierbarkeit in Einklang zu bringen. Die aktuelle Realität zeigt jedoch, dass diese Quote unter den derzeitigen Rahmenbedingungen kaum realisierbar ist. Steigende Baukosten, hohe Zinsen und vor allem weitgehend ausgeschöpfte Fördertöpfe von Bund und Freistaat führen dazu, dass Projekte mit einem hohen Anteil geförderten Wohnraums häufig wirtschaftlich nicht mehr darstellbar sind. Deshalb halte ich es für notwendig, befristet andere Wege zu gehen. Das bedeutet nicht, den geförderten Wohnungsbau infrage zu stellen, sondern ihn vor einem faktischen Stillstand zu bewahren. In Phasen knapper Fördermittel müssen flexible Lösungen möglich sein. Geförderter Wohnungsbau braucht Verlässlichkeit, aber auch Realismus.

Wie planen Sie den genannten Betreuungsproblemen in Erlangen konkret entgegenzuwirken?

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist für mich eine zentrale Zukunftsaufgabe. Der Ausbau von Kita- und Krippenplätzen muss beschleunigt werden, indem Neubauten und Erweiterungen konsequenter umgesetzt und Planungsverfahren vereinfacht werden. Gleichzeitig muss ein Schwerpunkt auf der Gewinnung und Bindung von Fachkräften durch bessere Arbeitsbedingungen liegen. Auch im Schulbereich ist zudem eine enge Zusammenarbeit mit kirchlichen, freien und privaten Trägern wichtig. Zudem müssen wir bei den Betreuungsangeboten kreativer werden und neue, ergänzende Formen zulassen, etwa flexible Gruppenmodelle, Kooperationen mit Vereinen und innovative Übergangslösungen. Dabei gilt für mich klar: Die Sicherheit und das Wohl der Kinder stehen dabei weiterhin an erster Stelle und dürfen nicht eingeschränkt werden. Außerdem will ich Fördermittel von Land und Bund konsequenter abrufen und Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen, zum Beispiel durch betrieblich unterstützte Kinderbetreuung. Mein Ziel ist eine verlässliche Betreuung, die Familien entlastet, auch in finanziell schwierigen Zeiten

Streben Sie Vereinfachungen bei der Beantragung des Erlangen- Pass an und falls ja, welche?

Unabhängig von einzelnen Leistungen wie dem Erlangen-Pass gilt für mich: Leistungen, die jemandem zustehen, müssen möglichst einfach, verständlich und unbürokratisch abrufbar sein. Ziel ist es daher für alle Antragsverfahren, keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, sondern eine pragmatische, faire und effiziente Abwicklung für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, aber auch für die Verwaltung.

Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zur Umsetzung des Bürgerentscheids zu StUB in Erlangen vom Jahr 2024? Wollen Sie eine ökologische Mobilitätswende in Erlangen vorantreiben und wenn ja, wie?

Selbstverständlich respektiere ich das demokratische Ergebnis. Doch leider hat sich nach dem Bürgerentscheid die Ausgangslage, die diesem Entscheid zugrunde lag, dramatisch verändert. Daher halte ich es für wichtig, kritisch und sachlich auf die finanziellen und verkehrlichen Herausforderungen dieses Projekts zu schauen, gerade angesichts der angespannten Haushaltssituation. In diesem Zusammenhang sehe ich es als Aufgabe der Stadt, eine realistische Nutzen-Kosten-Analyse zu begleiten, finanzielle Risiken zu minimieren und Alternativen im Blick zu behalten, statt einseitig auf ein kostenintensives Großprojekt zu setzen. Dennoch möchte ich nachhaltige Mobilität in Erlangen natürlich vorantreiben. Hierzu gehört für mich der Ausbau des bestehenden öffentlichen Nahverkehrs durch bessere Busverbindungen, Taktverdichtungen und barrierefreie Angebote sowie die Stärkung der Rad- und Fußverkehrsstrecken.

Welche Priorität hat für Sie die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes für die Stadt Erlangen bzw. wann ist eine konkrete Einführung geplant?

Entscheiden ist für mich, dass Vergaberegeln rechtssicher, praktikabel und verhältnismäßig sind. Sie müssen faire Arbeitsbedingungen unterstützen, dürfen aber weder die Verwaltung unnötig belasten noch kleinere und mittelständische Betriebe von öffentlichen Aufträgen ausschließen. Im Rahmen der bestehenden Gesetze werden in Vergabeverfahren bereits bestimmte soziale und qualitative Kriterien berücksichtigt. Ohne entsprechendes Landesgesetz sind die Möglichkeiten hier jedoch begrenzt.

Für welche Öffnungszeiten an Sonntagen und langen Einkaufsnächten würden Sie plädieren?

Für mich ist die Belebung unserer Innenstadt, des Handels und der Gastronomie ein wichtiges Anliegen. Die Durchführung von langen Einkaufsnächten kann diese Entwicklung gezielt unterstützen, weshalb an diesen festgelegten Tagen möglichst flexible Öffnungszeiten herrschen sollten. Sonntage sollten aus meiner Sicht, mit wenigen Ausnahmen, grundsätzlich Ruhe-, Familien- und Erholungstage bleiben, wodurch auch die Beschäftigten geschützt werden.